

Bericht des EUROPE DIRECT Informationszentrums Mittlerer Niederrhein von den OPEN DAYS (Regionalpolitisches Forum) in Brüssel zum Diskussionsstand EU-Kohäsionspolitik nach 2013

Bereits zum 8. Mal fanden vom 04. bis 07.10.2010 in Brüssel die OPEN DAYS statt, das seit 2003 jährlich stattfindende "europäische Familienfest der Städte und Regionen". Die OPEN DAYS sind die größte Jahresveranstaltung zur Regionalpolitik in der Europäischen Union und werden gemeinsam von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, dem Ausschuss der Regionen und zahlreichen Regionen organisiert, die im Rahmen der Themenschwerpunkte zu workshops, Seminaren und Veranstaltungen einladen. Dieses Jahr standen die OPEN DAYS unter dem Motto "Competitiveness, co-operation and cohesion for all regions". In diesem Jahr trafen sich ca. 6000 TeilnehmerInnen in über 130 Seminaren aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten, den EU-Organen und -Institutionen, den Regionen, Städten, Unternehmen und den verschiedensten Lobbyverbänden, um über **die Schwerpunkte und Finanzausstattung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 zu diskutieren**. Die Veranstaltungen hatten thematisch drei Schwerpunkte:

Wettbewerbsfähigkeit: Fragen der Innovation, der regionalen Entwicklung und grünes Wirtschaftswachstum sowie Ergebnisse im Rahmen des Ziels "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (NRW-EU-Ziel 2-Programm)

Kooperation: Territoriale und grenzüberschreitende Kooperation; sog. Makroregionen tauschen Erfahrungen aus

Kohäsion: Fragen der Konvergenz (Angleichung) zwischen den Regionen in der EU, der territorialen und sozialen Kohäsion und integrierte Ansätze für die lokale Ebene

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum hat vom 04. bis 06.10. diesen Jahres an den OPEN DAYS teilgenommen. **Die Diskussionen zur Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 können wie folgt zusammengefasst werden:**

1. Die Kohäsionspolitik nach 2013 soll vornehmlich Hilfe für die bedürftigsten Regionen bereitstellen, daneben sollen aber auch weiterhin alle Regionen in den Genuss einer EU-Förderung kommen, d.h. Fortführung des jetzigen Ziels 2 (ganz NRW), weil es ermöglicht, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen; nur so können alle Regionen in der EU von der positiven Gesamtentwicklung profitieren.
2. Alle Parteien waren sich einig, dass bei der Ausgestaltung der EU-Kohäsions- und Strukturpolitik die regionale und lokale Ebene stärker (als noch unter der Lissabon-Strategie) miteinbezogen werden muss. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen,

dass die Kompetenz und die Erfahrung vor Ort vorhanden ist und die örtliche Ebene am ehesten beurteilen kann, welche Projekte sinnvoll sind und zu den erwünschten Ergebnissen führen. Im Übrigen wurde an dieser Stelle betont, dass es nur gelingen kann, die Bevölkerung von Europa zu überzeugen und mitzunehmen, wenn EU-Projekte vor Ort konzipiert und durchgeführt werden ("Europa muss vor Ort erlebbar sein"). Daher wird dem Ansatz der territorialen Kohäsion die größte Bedeutung beigemessen.

3. Daher muss die zukünftige EU-Strukturpolitik eine gewisse Flexibilität aufweisen, um den Regionen gemäß ihrer Bedürfnisse helfen zu können.
4. Dennoch wird es, wie von verschiedenen Akteuren gefordert, keine "Regionalbudgets" (d.h. in Deutschland unterhalb der Bundesländerebene) für Regionen oder regionale Zusammenschlüsse geben, da dies den europäischen Zielsetzungen widerspricht und das Abwicklungsverfahren zu komplex machen würde. Die Europäische Kommission hat an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Operationellen Programme (nationale/regionale Durchführungsprogramme von den europäischen Zielen aus gesehen und ausgestaltet werden müssen (nicht gemäß der nationalen oder regionalen Zielsetzungen).
5. Die Regelungen zur Durchführung und Kontrolle der EU-Projekte sollen vereinfacht und effektiver werden, um unnötige Bürokratie zu vermeiden und bessere Ergebnisse erzielen zu können.
6. Die Europäische Kommission misst den Regionen und Städten eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 und der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 zu; sie betont ausdrücklich, dass keine Ebene von der Mitgestaltung und Durchführung der kommenden EU-Strukturfondsförderperiode ausgeschlossen wird. Für die Zukunft sieht die Europäische Kommission selbst die Notwendigkeit der Verbesserung der "Kommunikation" zwischen allen Ebenen, der EU-Ebene, den Mitgliedstaaten und den regionalen/lokalen Akteuren, da eine gut funktionierende und vertrauensvolle Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen als wesentlich ("crucial") für die erfolgreiche Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 und der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik angesehen wird.
7. Laut Europäischer Kommission sollen die grundlegenden Regeln für die Kohäsionspolitik nicht verändert werden, jedoch hat sich die Kommission das Ziel gesetzt die Finanzmittel effektiver einzusetzen, den sog. "europäischen Mehrwert" (Wirkung eines EU-Projektes über nationale Grenzen hinaus) zu vergrößern und die Durchführungsregelungen zu vereinfachen (Konzentration, Konditionalität und Ergebnisse). Die Ergebnisse sollen im Vorhinein definiert und verstärkt auf die

Nutznier und die gewünschten Resultate ausgerichtet werden; es soll hierzu ein entsprechendes Monitoring stattfinden und die Transparenz über Projekte und Finanzmittel vergrößert werden, so dass die Maßnahmen für jedermann sichtbar werden. Dagegen soll es ein Weniger an Kontrollen und ein Mehr an Anreizen zur Erreichung der Ziele geben.

8. Die Strategie Europa 2020 mit ihren Kernzielen und Leitinitiativen wird ganzheitlich in die EU-Strukturfonds einfließen, d.h. die einzelnen Ziele werden ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet.

Fazit:

Die Diskussionen um die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik befinden sich jetzt in der entscheidenden Phase. Die OPEN DAYS haben deutlich gemacht, dass die Europäische Kommission keine Ebene und keinen Akteur von den kommenden Diskussionen ausschließen wird. Der häufig vorgetragenen Bitte, die regionale und lokale Ebene in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Strukturfondsförderperiode nach 2013 einzubinden, steht die Europäische Kommission offen und positiv gegenüber ("wird ein Auge darauf halten").

Daher wird auch der Rhein-Kreis Neuss seine Einflussmöglichkeiten in NRW und Brüssel nutzen, um sich für zwei Anliegen einzusetzen:

1. Fortführung des Ziels 2 "Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung"
2. Fortführung der dezentral verwalteten und durchgeführten EU-Programme (z.B. NRW-EU-Ziel 2-Programm).

Die "Letzte Gelegenheit" für eine Einflussnahme wird das Kohäsionsforum in Brüssel im Januar 2011 sein.

Zeitplan Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013

Ende Oktober 2010: Vorlage Europäische Kommission EU-Haushaltsreform

November 2010: Vorlage Europäische Kommission 5. Kohäsionsbericht

Ende Januar 2011: Kohäsionsforum in Brüssel

Frühjahr/Sommer 2011: Vorlage Europäische Kommission Finanzielle Vorausschau ((evtl. fünf statt bisher sieben Jahre)

Sommer 2011: Vorlage Europäische Kommission EU-Strukturfondsverordnungen

Ruth Harte
 Leiterin EUROPE DIRECT Informationszentrum
 Mittlerer Niederrhein